STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 2208/2020

10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates

Betreff/Sach-antragsnr.	Stadtyugendrat; Beschlussfassung über den Neuerlass der Satzung für den Stadtyugendrat der Großen Kreisstadt Fürstentfeldbruck (StjS)			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	1-0241/ kl	Erstelldatum	29.07.2020	
Verfasser	Klehr, Roland	Zuständiges Amt	Amt 1 Amt 5	
Sachgebiet	10 Allgemeine Verwaltung	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:		
Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Stadtrat - abgesetzt -	Entscheidung	29.09.2020	Ö
2	Stadtrat	Entscheidung	24.11.2020	Ö

Anlagen:	<ol style="list-style-type: none">1. Stadtyugendrat; Satzung, geschlechterneutral2. Vorabauszug, STR 29.09.2020, TOP 7 Beiratssatzungen3. Auszug Kommentar Bauer/Böhle/Ecker zu Art. 29 GO4. Auszug Kommentar Prandl/Zimmermann/Büchner/Pahlke zu Art. 29 GO
----------	---

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Neuerlass der Satzung für den Stadtyugendrat der Großen Kreisstadt Fürstentfeldbruck gemäß Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 29.09.2020 mit den dort festgelegten und den im Arbeitskreis weiteren erarbeiteten Änderungen.

Referent/in		Rubin / BBV	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis	
Referent/in		Braumiller / BBV	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis	
Referent/in		Wollenberg, Prof	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis		
Beirat	Stadtjugendrat		Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis		
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis		
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis		
Klimarelevanz					
Umweltauswirkungen					
Finanzielle Auswirkungen				Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				Ja	€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag					€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme					€
Folgekosten					€

Sachvortrag:

In die zur Beschlussfassung vorgelegte Satzung wurden die Inhalte des Grundsatzbeschlusses des Stadtrates vom 29.09.2020 eingearbeitet. Darüber hinaus erging an die Verwaltung ein über den ursprünglichen Anpassungsauftrag hinausgehender Beschluss, in einem Arbeitskreis alle sechs Beiratssatzungen, soweit noch erforderlich, auf möglichst gleichlautende Inhalte zu überarbeiten.

Folgendes wurde u.a. einheitlich übernommen:

A) Die Gliederung der Beiratssatzungen der Stadt Fürstenfeldbruck (Ausnahme: Stadtjugendrat wg. Regelung des Wahlvorgangs) wurde umgestellt:

§ 1 Aufgaben und Rechte

§ 2 Zusammensetzung, Berufung, Abberufung

§ 3 Amtszeit

§ 4 Geschäftsgang

§ 5 Ehrenamt, Aufwandsentschädigung

§ 6 Inkrafttreten.

B) Bzgl. gleichförmiger Abrechnung wurde der 01.01.2021 als Datum für das Inkrafttreten festgelegt. Es wird künftig kalenderjährlich abgerechnet.

C) Diverse Begriffe sowie der grundsätzliche Wortlaut wurden an diversen Stellen angepasst.

D) Die Verwaltung wurde mit Stadtratsbeschluss vom 29.09.2020 beauftragt, das Antragsrecht des Stadtjugendrates an den Stadtrat auf seine rechtliche Haltbarkeit hin zu überprüfen.

Die Erinnerung eines Stadratsmitglieds in der Sitzung vom 29.09.2020, es würde bzgl. Antragsrecht des Stadtjugendrates an den Stadtrat eine von der Kommunalaufsicht geprüfte und für rechtlich korrekt befundene Einschätzung geben, hat sich als nicht zutreffend und rechtlich nicht haltbar erwiesen.

Die beiden der Kommunalaufsicht vorliegenden Vorgänge zum Stadtjugendrat Fürstenfeldbruck aus den Jahren 1997 und 1998 beschäftigen sich mit gänzlich anderen Inhalten. Die gezielte Nachfrage, ob der Stadtjugendrat, da aus der Bevölkerung heraus gewählt, nicht doch einen anderen Status gegenüber dem Stadtrat einnehmen könnte, wurde verneint (aus denselben Gründen, wie im Schreiben der Kommunalaufsicht vom 13.06.2018 dargelegt; dazu s. auch Auszüge aus der Kommentarliteratur zur Gemeindeordnung; Anlagen 2 und 3).

Die von der Verwaltung zusammen mit der Kommunalaufsicht erarbeitete Formulierung lautet *expressis verbis* zwar nicht "Antragsrecht"; entfaltet jedoch die gleiche Wirkung:

"§ 1 ... Der Beirat kann von sich aus Vorschläge, Anregungen, Stellungnahmen oder Gutachten abgeben, die dann im Stadtrat oder den zuständigen beschließenden Ausschüssen zu behandeln sind." *Sind* bedeutet damit quasi ein *Muss*.

Im Ergebnis kommt die Verwaltung zum Thema Antragsrecht deshalb zur gleichen Einschätzung wie bereits in der Sitzungsvorlage vom 29.09.2020.